Zeitschrift: Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt

Herausgeber: Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich

Band: - (2001-2002)

Artikel: Auf welche Konflikte müssen wir uns einstellen? : Ein Gespräch mit dem Literatur- und Medienwissenschaftler Niels Werber

Autor: Neitzke, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1072500

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Auf welche Konflikte müssen wir uns einstellen?

Ein Gespräch mit dem Literatur- und Medienwissenschaftler Niels Werber

Tate Modern, London
Foto: Elisabeth Blum

In zwei Aufsätzen[1] haben Sie sich mit Stadt und Stadtgesellschaft auseinandergesetzt. Ihre Überlegungen laufen darauf hinaus, daß sich die Weltgesellschaft[2] teilt: in die „Besatzungen" von Archipelen des Reichtums und der Macht auf der einen Seite und Territorien des Elends auf der anderen. Sind Alternativen zu einer solchen Perspektive noch realistisch? Hört, wie Carlos Castoriadis vermutete, die Gesellschaft auf, sich selbst in Frage zu stellen in einer „Zeit ohne historische Dimension", die alle kritische Theorie und Praxis „von nun an [als] so fragmentiert, deregulliert, selbstreferentiell, singulär und episodisch wie das postmoderne Leben selbst"[3] betrachtet? Werden, wie Zygmunt Bauman prognostiziert, die vermögenden Klassen mit dem Cyber Space des World Wide Web „exterritorial und unerreichbar für Menschen, die ihnen im physischen Raum nahe sind"? Oder stimmt die ganze Fragestellung nicht? Im Anschluß an die Überlegungen, die Jeremy Rifkin in seinem jüngsten Buch Access *anstellt, könnte man ja fragen, ob nicht längst Tendenzen zu anderen Formen der gesellschaftlichen Organisation zu beobachten sind, ob die Selbsteinschließung des Reichtums und dessen Bindung an dingliches Eigentum nicht letztlich für einen Realitätszugang steht, den die Realität längst zu überschreiten begonnen hat. An welchen Symptomen zeigt sich die Spaltung der Welt, die soziale und auch sozialräumliche Polarisierung, am deutlichsten?*

Niels Werber: Ich würde nicht von Symptomen, sondern eher von einem Syndrom sprechen, das vor allem im Westen zu beobachten ist: technische Evolution, Denkströmungen wie etwa der Kommunitarismus, New Economy, die Deregulierung, der Abbau des Nationalstaats, die Übernahme von ehemals souveränen Bereichen des Staates durch große Konzerne, die planmäßige Entwicklung von Gated communities durch große Firmen und so weiter – erst das Zusammenwirken all dieser Entwicklungen fördert derzeit den Eindruck der Unumkehrbarkeit und provoziert die Frage: Wer sollte diesen Prozeß aufhalten?

Als man in Europa die Positionen des Kommunitarismus zu diskutieren begann, war aus der Lektüre der Texte diverser Autoren zunächst nicht zu schließen, daß sich das Votum für die Verteidigung bürgergesellschaftlicher Tugenden so gut mit Praktiken der Zitadellenbildung vertragen würde. Smart Communities, sagen Sie, verbänden „die Grenzsicherung der guarded communities mit dem kommunikationstechnischen Anschluß an die Globalisierung". In den „Hochsicherheits- und High-Tech-Städten" verschränkten sich „die Bedürfnisse der Bürger nach physischer Sicherheit mit den ökonomischen Notwendigkeiten globaler Kommunikation". Die „Aufhebung aller Grenzen, die mit der Telematik einhergehende Trennung von Arbeit und Arbeitsplatz" werde „von kommunitaristischen Maßnahmen flankiert". Die „telekommunikative Einbindung der Arbeitsplätze in temporäre, flexible Teams" werde „aufgefangen vom hochinklusiven Kommunitarismus der lokalen Neighborhoods". Unterstellen Sie dem Kommunitarismus einen „Klassencharakter", der sich in den Schriften seiner Autoren nur nicht offen zeigt?

Wen eigentlich will die Stadt? Im Kern steht hinter all dem die Beobachtung, daß Gemeinschaften, wenn sie funktionieren sollen, eine bestimmte Größe nicht überschreiten dürften. Das konventionellste Beispiel wäre die Familie, der Kommunitarismus vertritt ja auch die guten alten *family values*. Der von ihm favorisierte Typ von Gemeinschaft ist immer überschaubar: Nachbarschaft, Universität, Sportverein, alles Gemeinschaften, in denen man sich mehr oder weniger gut kennt, gemeinsame Werte vertritt, man ist gemeinsam sozialisiert worden, es gibt eine unhinterfragte Kohäsion zwischen den Mitgliedern. Wenn man diese Basis des kommunitaristischen Denkens zur Kenntnis nimmt, findet man ohne weiteres und gleichsam als „logische" Entsprechung die Bezugspunkte zur Tendenz der Selbstabschottung von Neighborhoods. Auf der einen Seite das gesellige Leben, Parties, Sporttermine und so weiter, auf der anderen Exklusion – Sicherheit ist ja eines der wichtigsten Themen, das gemeinsame Interesse an der Abschottung gegen Irritationen jeglicher Art: *Neigborhood watch programs* und gemeinsam finanzierte Sicherheitsdienste, das paßt alles sehr gut zusammen. Selbst wenn man die Werte solcher Gemeinschaften nicht gerade „leben" muß, aber vielleicht nicht ganz schlecht findet, muß man doch immer auch sehen, daß Inklusion nicht nur potentiell und irgendwann, sondern real und jetzt in Exklusion umschlägt. Außerhalb der physischen und elektronischen Mauern, befürchtet man, lauere jederzeit der potentielle Feind. Was außerhalb der Exklave liegt, gilt als fremd und bedrohlich: Drogensüchtige, Obdachlose, Bettler und andere. Dieses Szenario einer drohenden Invasion der Neighborhoods erscheint dann als

folgenreiche Angst vor der Barbarisierung der eigenen Wohnviertel. Es schweißt die Bewohner solcher „Stadtstaaten" zu homogenen Communities zusammen – eine Praxis, die sich wie selbstverständlich mit dem kommunitaristischen Denken verträgt.

Wollen oder brauchen diejenigen, die sich selbst einschließen, die Stadt überhaupt noch als Lebensort?

Ich glaube, daß die Stadt nach wie vor für attraktiv gehalten wird. Aber umgekehrt muß man ja wohl fragen: Wen eigentlich will die Stadt? Wollen denn diejenigen die Stadt, die – wie etwa die Bahn AG oder die Eigentümer des Potsdamer Platzes – bestimmte, ehemals öffentliche Räume, von denen man ja zunächst den Eindruck haben könnte, daß es sich angesichts der riesigen Einkaufsgebiete um veritable Teile der Stadt handelt, per Hausrecht kontrollieren? Man schließt die Stadt für diejenigen, die nicht bezahlen können, mit organisatorischen Mitteln, mit Security Services, man beschränkt den Zugang zu diesem oder jenem Bereich über architektonische beziehungsweise ästhetische Codes. All diese Maßnahmen berechtigen ja wirklich zu der Frage: Wen eigentlich will die Stadt? Wem möchte sie welchen Typus von Urbanität bieten?

Keine Stadt der westlichen Welt ist momentan so gefährlich, als daß sich die flächendeckende Installation von Überwachungskameras mit Sicherheitsargumenten legitimieren ließe. Könnte man die entsprechenden Maßnahmen als Teil einer präventiven Strategie ansehen, mit der sich der Staat, allen Verlautbarungen zum Trotz, auf soziale Auseinandersetzungen vorbereitet?

In Frankreich wird diese Debatte geführt, etwa von Robert Castel. Die Verhältnisse in den Banlieus von Paris scheinen ja in der Tat hochexplosiv zu sein.[4] Natürlich machen Menschen – mit schlechter oder überhaupt fehlender Ausbildung, ohne Job, ohne irgend eine Form von verläßlichem Einkommen und ethnisch diskriminiert – genau das, was man fürs Überleben braucht und was man im übrigen auch von ihnen erwartet: ihre Marginalisierung schlägt um in Kleinkriminalität, Vandalismus und so weiter, ein perfider Zirkel von äußeren Zwängen und der „Bestätigung" von Vorurteilen. Handelt es sich da um Phantombilder, die die Disziplinargesellschaft im Sinne von Deleuze und Guattari zu ihrer Legitimation benutzt, um die Überwachungs- und Kontrollpraktiken auszudehnen – oder nicht ganz eindeutig doch um reale Probleme, darum, daß es immer mehr Menschen gibt, die in Gesellschaften unseres Typus keine Chance mehr haben und ihr Überleben jenseits aller Normen zu organisieren versuchen? Ich sehe keinen Grund, daran zu zweifeln, daß es sich hier um Tatsachen handelt. Man muß eine Stadt, die diesen Menschen keinen Raum gibt, wirklich als „revanchistische Stadt"[5] bezeichnen. Revanche im Wortsinn verstanden: Die Stadt rächt sich für die „Zumutung", die sie darin sieht, daß Menschen, die sie an ihrem Wohlstand nicht teilhaben läßt, sich nicht stillstellen lassen, sondern die Stadt im wahrsten Sinne des Wortes angreifen. Auf Dauer werden diese Menschen sich allerdings kaum damit begnügen, in Bezirken zu überleben zu versuchen, die die Stadt sich selbst überläßt, so wie in zahlreichen amerikanischen Städten, wo die Polizei bestimmte Straßenzüge oder ganze Bezirke nur aus gepanzerten Fahrzeugen kennt.

Muß man nicht annehmen, daß die Staatsapparate sich längst darauf eingerichtet haben, daß Kriege geführt werden könnten?

Exklusion, Exklusivität Wenn man die Lage zu analysieren versucht, zeichnet sich zweierlei ab: Die erste Bewegung ist das Aufgeben bestimmter Teile des Raumes der Stadt, Bereiche, aus denen sich der Staat mit all seinen Einrichtungen zurückzieht, Bezirke, die irgendwann nicht mehr betreten werden, ausgesonderte Gebiete mit Menschen ohne Adressen: Exklusionszonen. Die zweite Bewegung spiegelt die erste strukturell, nur führt sie nicht zu Zonen der Exklusion, sondern zu *exklusiven* Zonen, zu *Gated communities*. In beiden Fällen haben wir es mit einer neuen Form von Privatisierung zu tun. In den Ghettos in einem ganz negativen Sinne – so, daß die Res publica dort keine Chance mehr hat, weil ihr alle organisatorischen Voraussetzungen fehlen wie Ruhe, Sicherheit und Ordnung. Was dann auf den Straßen und Plätzen dort stattfindet, ist nicht Öffentlichkeit, sondern eher Obdachlosigkeit. Was dem einzelnen hier passiert, bleibt ohne Folgen – denken Sie nur an die Straßenkinder in südamerikanischen Großstädten, die erschossen, vergewaltigt oder als Organspender verwertet werden, ohne daß die Täter Strafverfolgung riskieren. Auf der anderen Seite gibt es die Privatisierung als Aneignung von Räumen und Rechten, die zuvor in öffentlicher

Hand waren. Die Siedlung Celebration bei Orlando etwa ist ein County, das Disney gehört. Disney kann hier Steuern erheben, Polizeifunktionen ausüben und so weiter. Vor diesem Hintergrund könnte man fragen, auf welche Entwicklung, auf welche Konflikte müssen wir uns einstellen? Ich glaube, daß sich der Staat über die Konsequenzen überhaupt nicht im klaren und auf mögliche Konflikte nicht vorbereitet ist. *Eine* Idee des Nationalstaats ist ja die eines lückenlos überschaubaren und kontrollierbaren Territoriums. Wenn die Privatisierung von Räumen, die bislang Teil des öffentlich kontrollierten Territoriums waren, fortschritte, dann würde der Nationalstaat nicht nur auf der Ebene der Entgrenzung des Raumes durch den Cyberspace, sondern auch auf derjenigen des physischen Raumes in seinem Bestand und in seiner Macht bezweifelt, beziehungsweise demontiert. Daß immer mehr Räume entstehen, exterritoriale Bereiche, wie es sie seit langem etwa bei Botschaften gibt, über die der Staat im Wortsinne nicht mehr verfügt. Die *Eigentümer* der neuen exklusiven Siedlungen sind dagegen auf Konflikte vorbereitet. Keinem anderen Zweck dienen ja die Kameras, die privaten Sicherheitsdienste, die diese in der Tat exklusiven Lebensbezirke vor der Stadt schützen sollen. Menschen, die sich in solche Wohnsicherheitstrakte zurückziehen, mögen das alles für selbstverständlich halten. Aber sie treiben die Polarisierung der Stadtgesellschaft, die Spaltung des öffentlichen Raumes, voran, kein Zweifel. *Wird der „öffentliche Raum" noch für im Wortsinne öffentliche, also zu veröffentlichende Angelegenheiten in Anspruch genommen? Sind Veranstaltungen „unter freiem Himmel", wie etwa der 1. Mai, nicht mehr oder weniger ihrer Entsorgung harrende Restposten historischer Rituale? Was ist eigentlich gemeint, wenn vom „öffentlichen" Raum die Rede ist? Wenn staatliche und private Sicherheitseinrichtungen diesen Raum wie Gefängnisse kontrollieren?* Die Fiktion hinter diesem Terminus wird offensichtlich, wenn man da-

Amsterdam
La Rochelle
Fotos: Elisabeth Blum

nach fragt, wer im griechischen Stadtstaat Zugang zur Agora hatte. Unfreie, Frauen, Fremde hatten ja keine Möglichkeit, an „öffentlichen" Beratungen teilzunehmen. Öffentlichkeit war immer schon ein exklusiver Begriff. Auch die Öffentlichkeit bei Rousseau ist ein Phantasma. Die Idee, daß sich Menschen mit einem gemeinsamen Interesse treffen, „herrschaftsfrei" miteinander sprechen und um die jeweilige Sache ringen, ist ohnehin realitätsfern, wenn nicht naiv. Daß man an dem Begriff „Öffentlichkeit" dennoch festhält, verweist eher auf eine Art politisches Wunschdenken. Die Politik braucht einen Adressaten. An wen wenn nicht an „die Öffentlichkeit" sollte sie sich denn wenden? Wenn die Politik sich eingestände, daß es sie nicht mehr im lange behaupteten Sinne gibt, weil sie sektorisiert ist in Zielgruppen, Einschaltquoten und so weiter, wenn man sich damit abfände, daß es „die Öffentlichkeit" bestenfalls in Form diverser, fragmentierter Öffentlichkeiten gibt, müßte sie sich fragen, an wen genau sie sich jeweils wendet und wen sie erreichen will. Jetzt können Politiker noch glauben, sie sprächen mit „der" Öffentlichkeit, wenn sie Interviews geben. Tatsächlich erreichen sie nur ein Publikumssegment, das sich womöglich gar nicht für die Res publica interessiert, sondern für Skandale, Deodorants, Unterhaltung. Wenn man also den Begriff heute diskutiert, muß man immer den der Exklusion mitdiskutieren – es sei denn, man beschränkte sich auf eine idealistische Denkfigur, die noch nie eine uneingeschränkte Entsprechung in der politischen Realität besessen hat.

Hat Georg Simmel von Tatsachen gesprochen oder eher idealtypische Vorstellungen formuliert? War die städtische Öffentlichkeit auch zu seiner Zeit exklusiv?

Simmel beschreibt offensichtlich Oberschichtenphänomene, sein Blick ist derjenige des bürgerlichen Individuums. Wenn wir hier einmal Ernst Jünger folgen, dann ist es damit aber vorbei: In seinem Essay *Der Arbeiter* (1932) schreibt er, das bürgerliche Individuum werde von einer Figur neuen Typus abgelöst, die zunächst nur an Details wahrzunehmen sei, an der Mode etwa. Der Arbeiter verabschiedet sich von der bürgerlichen Kleidung und trägt überall Arbeitskleidung, nicht nur bei der Arbeit, sondern auch als Arbeitsloser, als Ruhrkämpfer, als Saboteur, als Sportler oder Wahlhelfer – Ausdruck, wie er schreibt, eines „Modus, in dem das Leben überhaupt erscheint". Als „Uniform" also, die das ganze Leben in einem einzigen „Stil" umfaßt. Diese Montur ist Ausdruck einer Identität, die nicht länger auf Individualität zurückzuführen ist, sondern auf Mitgliedschaft und „Einreihung". Und dieser neue Typus dominiert die Gesellschaft. Er betrachtet den Raum der Stadt nicht länger als Bühne für die Selbstdarstellung und Begegnung unterschiedlichster Menschen, sondern in letzter Konsequenz als Ort für Aufmärsche. Damit schafft er letztlich auch den öffentlichen Raum und alle Urbanität ab. Er transformiert den Raum der Stadt zu einer Kampfzone, in der einander feindselige Gruppierungen ihre Konflikte austragen.

Die von Jünger skizzierte Figur verschränkt zweierlei: den Untergang des bürgerlichen Subjekts in den Materialschlachten des Ersten Weltkrieges und die Sehnsucht nach der Überwindung des urbanen, weltoffenen, gebildeten Individuums durch den namenlosen und gesichtslosen Helden zukünftiger Produktionsschlachten. Die Sehnsucht nach einem Typus, den es nach der befreienden Tat in den Kollektiven einer auf modernste Technik gestützten Diktatur drängt. Der „Arbeiter" repräsentiert eine reaktionäre Sehnsucht nach Uniformität und Kälte, wie sie der Faschismus dann einlöste. Jüngers Essay formuliert eine Utopie der politischen Reaktion.

Jünger hatte ja Recht behalten mit seiner Prognose. Heute könnte man versuchen, ob man an seine Beobachtungen, gestützt auf die Erfahrungen des „Dritten Reiches", anschließen könnte. Ob es nicht heute Anzeichen für Gruppenbildungen gibt, bei welchen die Zugehörigkeit zur jeweiligen Gruppe, die Inklusion, mehr zählt als die Teilhabe an einer abstrakten, anonymen, immer nur medial vermittelten Öffentlichkeit.

Weitergedacht hieße das, daß nur mehr Gruppencodes und Verbandslogiken zählen, die Selbsteinschließung beziehungsweise Selbstabschließung bestimmter Gruppen, die sich für das, wofür der Begriff Öffentlichkeit steht, nicht mehr zuständig fühlen.

Notwendigerweise wird der jeweils Andere zum Feind. In der Tat besteht die Gefahr der Entnormativisierung, der Entregelung. Wenn die Ingroup und das Gefühl der Gleichheit und Uniformität in der Gruppe das Allerwichtigste geworden ist, dann wird die Kampfzone eröffnet, und alle anderen, die anders sind als diese uniformierte Gruppe, die anders aussehen, sprechen, denken, müssen um Leib und Leben fürchten.

„Diesen Sommer geh für Deine Träume auf die Straße"[6] *In einem* Zur alten und neuen Protopolitik der Lifestyles *überschriebenen Zeitungsbeitrag*[7] *schreiben Sie, Jünger habe im* Arbeiter *eine schleichende Mobilmachung der gesamten Gesellschaft beobachtet und vermutet, Kino, Funk und Reklame würden die Massen mit „lautlosen und unsichtbaren Kommandos bewegen" und dafür sorgen, daß „an jedem beliebigen Orte und zu jeder beliebigen Zeit in jedem beliebigen Maße Herrschaft verwirklicht" werde. Ausgerechnet Günther Anders hat diese Einsicht später bestätigt. In* Die Antiquiertheit des Menschen *heißt es, dem Faschismus sei es gelungen, die Vermassung des Menschen durch den Rundfunk durchzusetzen, weswegen Demonstrationen – also die reale, körperliche Präsenz von Massen – inzwischen obsolete Veranstaltungen seien. Diese Beobachtung scheint mir inzwischen selbst obsolet zu sein. Denken Sie etwa an die Demonstrationen der Arbeitslosen in Paris, 1998, an die Manifestationen gegen die ETA und die IRA in den neunziger Jahren, die Demonstrationen gegen die Mafia in Palermo, an den Monate währenden Protest in Wien gegen die Beteiligung der FPÖ an der österreichischen Regierung oder den Protest gegen den dann zurückgetretenen Fernsehdirektor auf dem Wenzelsplatz in Prag – alles Massenzusammenkünfte, die ja ganz offensichtlich die These bestreiten, daß es sich bei Öffentlichkeit und öffentlichem Raum um Fiktionen handele. In all den genannten Beispielen ging es um handfeste öffentliche Angelegenheiten an traditionellen Orten des städtischen Diskurses: Straße und Platz.*

Geht es allein um die jeweilige politische Botschaft? Geht es nicht vielleicht auch um den körperlichen Genuß der massenhaften Präsenz? In *Masse und Macht* hat Elias Canetti den Genuß der Masse an sich selbst beschrieben – wenn sie zur „Meute" wird und ihre Einheit, Stärke und Macht genießt.[8] **Und zu Anders' These wäre zu sagen, daß die Nationalsozialisten trotz der Instrumentalisierung des Rundfunks für ihre Propaganda riesige Massenveranstaltungen organisiert haben. Leni Riefenstahls Filme sind Dokumente der massenmedialen Verwertung dieser Großveranstaltungen.**

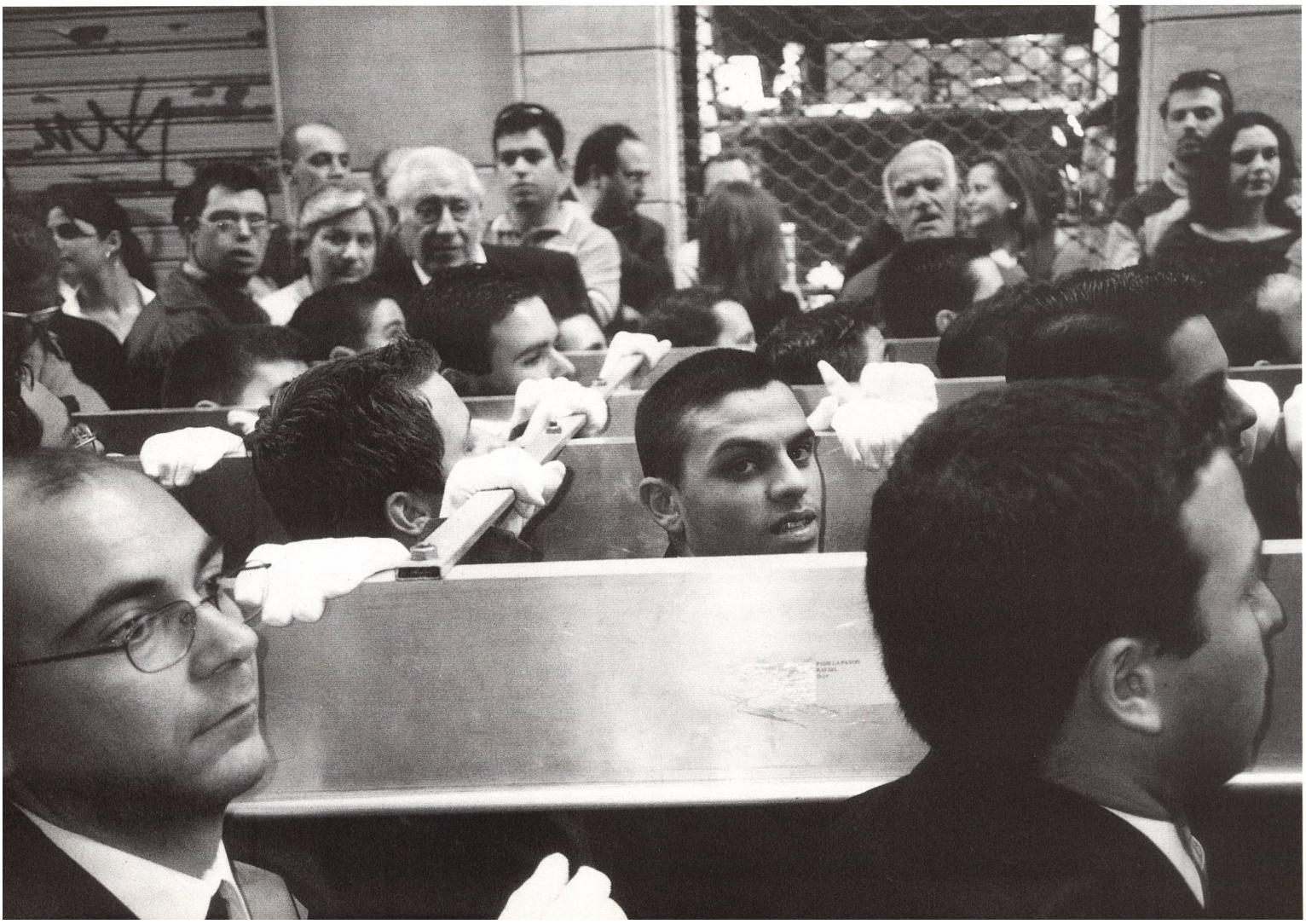
Ist die Lust an der körperlichen Präsenz wirklich das vorrangige Argument? Die Menschen, die sich auf dem Prager Wenzelsplatz versammelten, wollten einen verhaßten Fensehbürokraten weghaben – Politik! Die Frauen in Palermo wollten dem System der Mafia entgegentreten – Politik! Not trieb sie an, nicht Lust oder Eitelkeit. Unbezweifelbar ist der Raum der Stadt nach wie vor attraktiv und unersetzbar, wenn man etwas öffentlich machen will. Sehr zu Recht erwartet man hier die, die man erreichen will, nicht nur in Prag und in Palermo, in Barcelona, in Dublin und Paris. Über ein ganzes Jahrzehnt gilt als hoffnungslos uncool, wer sich noch immer über die Plünderung der Welt durch eine Handvoll international agierender Gesellschaften und die ihnen ergebenen Politiker erregt. Auf einmal kommen einem diese Dreißigjährigen, die nichts anderes vor Augen und im Kopf haben als die Kultivierung ihrer wechselnden Lifestyles, wie Spottgeburten einer Welt vor, gegen die international vernetzte Gruppen in Seattle, Prag, Köln, Nizza, Davos, Göteborg, Barcelona, Salzburg und in Genua demonstrieren. Mit Recht schreibt die tageszeitung, *„daß nun auch in der Gesellschaft und damit in den Medien wieder vermehrt die richtigen und die*

Andalusien
Foto: Elisabeth Blum

Cádiz
Foto: Elisabeth Blum

wichtigen Fragen gestellt werden – nach sozialer Gerechtigkeit, Verteilung gesellschaftlichen Reichtums, Legitimation staatlicher und wirtschaftlicher Macht"[9]*. Ist die Stadt nicht nach wie vor der Ort, an dem gestritten wird? Über Alternativen zu einer Gesellschaft, die sich als angeblich alternativlos präsentiert?*

Sie haben vermutlich Recht mit Ihrem Eindruck. Es geht darum, eine Sache zu veröffentlichen, eine Sache als „res publica" an oder in die Öffentlichkeit zu tragen, direkt, nicht medial, indem man sich auf Straßen und Plätzen versammelt. Die Perspektive auf die Stadt könnte heute aber auch anders gewählt werden, man müßte von der Globalität der Diskurse ausgehen und dementsprechend die Ereignisse in den einzelnen Städten wie Demonstrationen und Polizeieinsätze als regionale Realisierungen globaler Probleme betrachten. Dann könnte man vielleicht sehen: Die Globalisierung hebelt nicht nur den Nationalstaat aus und deterritorialisiert die Politik, was ja viele begrüßen[10], sondern auch bestimmte verfassungsrechtliche Errungenschaften, wie etwa das Recht auf Freizügigkeit oder die Versammlungsfreiheit. Hinzu kommt, daß die hinter der Teilnahme an Versammlungen im öffentlichen Raum stehenden Motive, beziehungsweise die Antworten, die man auf diesbezügliche Fragen erhielte, natürlich deutungsbedürftig sind. Geht man nicht auch auf die Straße, weil das Fernsehen kommt? Weil der Adressat gar nicht die Stadt oder die Stadtbevölkerung ist, vielleicht nicht einmal das eigene Land, weil man, wie im Falle von Prag, wo man einen verhaßten Fernsehchef absetzen wollte, das Ausland auf die Lage im eigenen Land aufmerksam machen, beziehungsweise zeigen will, daß



man mit Blick auf eine EU-Mitgliedschaft die demokratischen Spielregeln beherrscht? Der Adressat säße in diesem Fall in Paris oder in Berlin. Ein Motiv, das sich natürlich von demjenigen unterscheidet, das Canetti beschreibt: Wo alle hingehen, da will man auch dabei sein.

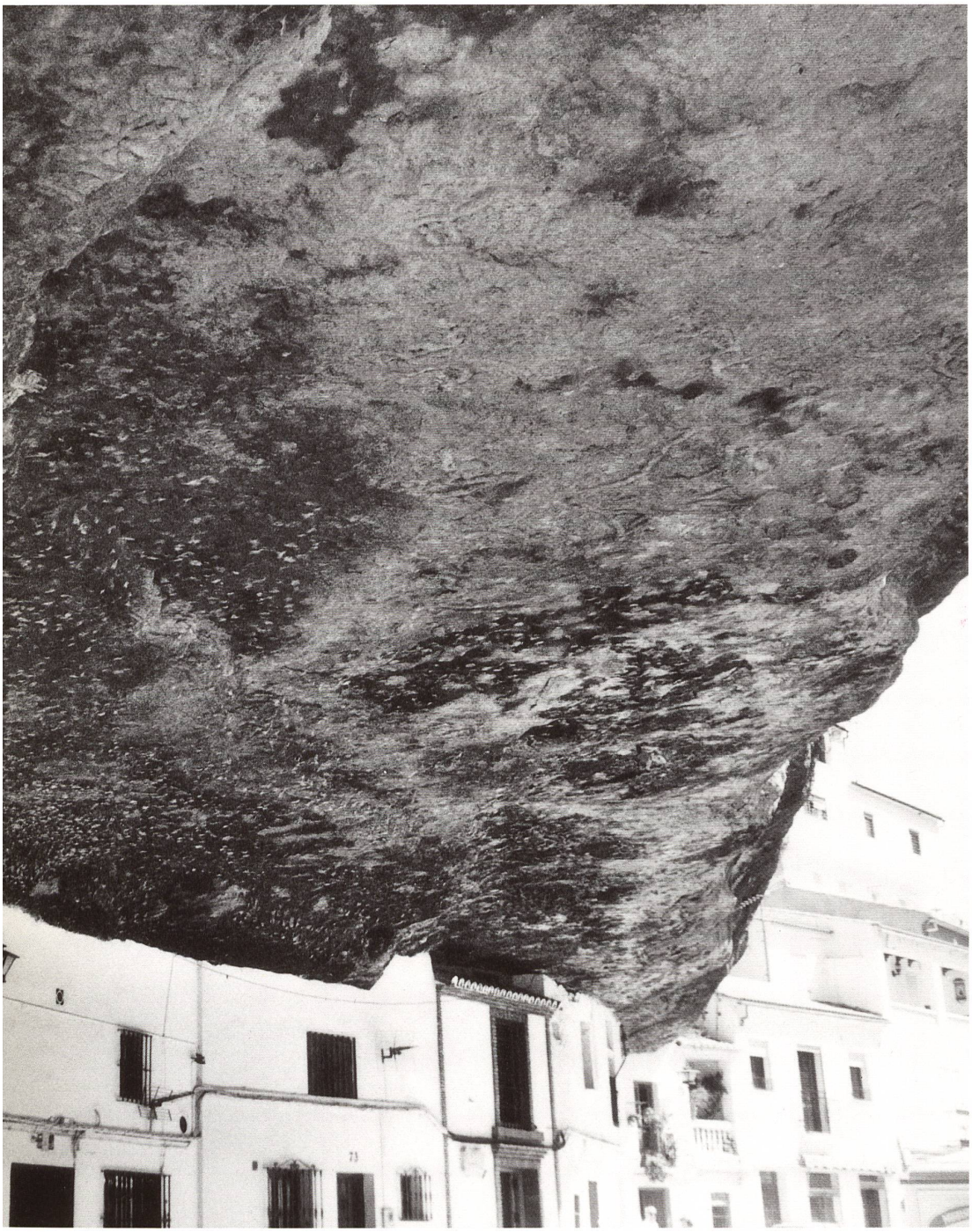
Mobilisierbare Subkulturen *Zu einem anderen Aspekt, den Sie in Ihrem Artikel diskutieren: Sie schreiben, keine totalitäre Jugendbewegung habe „eine Generation derartig physisch stählen und gleichzeitig geistig zerrütten können, wie es die Mischung aus Extremsportarten, Kabelfernsehen und Freizeit vermochte". Sie sprechen von einer Generation, „die in sinnlosen Risiken und zweckfreien Gewalttaten nach Erfüllung sucht und tatsächlich allzeit zu allem bereit zu sein scheint", und sagen dann: „Wenn dies die Lage wäre" – Sie scheinen eine These ausprobieren zu wollen –, „dann wären ausländerfeindliche Ausschreitungen, Hooliganismus und Vandalismus nur die ersten gewalttätigen Symptome einer Jugend, die verroht ist wie Landsknechte nach langem Krieg." In nur einem Jahrzehnt habe „die Berliner Republik ein mobilisierbares Potential von Subkulturen hervorgebracht, vor deren möglichem Anschluß an politische Projekte es einem graust". Eine Zuspitzung, die den üblichen, abwägenden und nach allen Seiten abgesicherten Einschätzungen eine grundsätzlich andere Sicht entgegenhält und bestimmte Signale als Gefahrensignale wahrnimmt. Als gesellschaftliche Oberflächensymptome, die als Keimformen bedrohlicher Entwicklungen interpretiert werden könnten oder müßten.*

Der Beitrag verstand sich übrigens als ironische Replik auf einen in der *Frankfurter Allgemeinen* publizierten Artikel von Diedrich Diedrichsen, der *Die Leude woll'n los*[11] überschrieben war. Diedrichsens These ist viel optimistischer als die von Jünger. Er versucht in der vermeintlich depolitisierten Lifestylegesellschaft protopolitische Elemente auszumachen. Die Welt sei „voller immer radikalerer und fanatischerer Egos", die völlig privat, unpolitisch und egozentrisch auftreten, auf den zweiten Blick aber eine „Wiedergeburt des Politischen" aus der Freizeitkultur entdecken lassen. Das Wann und Wohin bestimme der mediale Einsatzbefehl, das, wie Diedrichsen schreibt, „gesungene Kommando". Diese Mobilisierbarkeit der Lifestyles sei zu nutzen, um sie wieder an politisch-kulturelle Projekte anzuschließen, was bisher allerdings nur der NPD gelungen sei, die den freizeitrassistischen Neonazis das Gefühl gebe, „an einem größeren Projekt teilzunehmen", das Projekt „des Nationalsozialismus nämlich". Diedrichsen wiederholt exakt die Frage Jüngers, die Frage, welcher Macht es wohl gelingen werde, die hohen, in Bereitschaft gehaltenen Energien für sich zu nutzen. 1933 wußte Jünger es dann. Die Leute wollen heute wieder, daß was passiert, da hat Diedrichsen Recht. Das wollten sie 1932 auch, 1933 sind sie dann angeschlossen worden an ein „größeres Projekt". Ich halte Diedrichsens Analyse für ausgezeichnet, aber seine Hoffnungen für bedenklich. Ich wünsche mir keinen Anschluß an ein größeres politisches Projekt, frage mich allerdings, auf welche Kommandos die mobilisierbaren Subkulturen heute warten, die vielen, die in Fitness-Studios, beim körperlichen Training, bei den diversen Extremsportarten die Belastbarkeit ihrer Körper prüfen. Soll man in der immensen Aufmerksamkeit, die heute dem Körper gilt, nur eine Spielart des Narzißmus sehen? Oder nicht auch die Vorbereitung auf künftige Kampfeinsätze?

Alexander von Schönburg vergleicht die „Langeweile" des Jahres 1914 mit der Müdigkeit des Jahres 1999, wenn er in dem von ihm mitverfaßten Manifest Tristesse Royale *sagt: „Wäre das hier Cambridge und nicht Berlin und wäre es jetzt der Herbst des Jahres 1914 und nicht der Frühling des Jahres 1999, wären wir die ersten, die sich freiwillig meldeten."*[12]

Das würde natürlich sehr gut zu der These passen, daß die Leute „los woll'n". Und wieder ist es etwas vermeintlich Unpolitisches, Langeweile, Ennui, Erlebnishunger von reichen Wohlstandskindern, die als Motive herhalten müssen. Aber dieser Lifestyle kann eben in Politik umschlagen, und dann melden die jungen Herren aus dem Adlon sich freiwillig: Aus dieser Perspektive könnte man in den Freeclimbern von heute die Gebirgsjäger von morgen sehen, im Taucher den Kampfschwimmer, im Fallschirmspringer den Paratrooper und in den Massen der Jogger und Bodybuilder ein marschbereites Heer. Ich sehe in dieser ebenso fortgeschrittenen wie unbewußten Disziplinierung inmitten der Fun- und Freizeitgesellschaft eine unerhörte Mobilmachung, die nur noch auf den Einsatzbefehl zu warten scheint, um an den Kämpfen um Inklusion und Exklusion teilzunehmen. Schon reicht das Adrenalin, das beim Risikosport ausgeschüttet wird, nicht mehr aus, um diese durch und durch fit gemachten wie todes-

Andalusien
Tate Modern, London
Fotos: Elisabeth Blum



mutigen Körper zu befriedigen. Das an die Sicherheitsleine genommene Risiko reicht nicht mehr aus, um den „danger seeker" zu reizen. In den mit Springerstiefeln bewehrten Schlägern könnte man die Avantgarde eines Heeres sehen, dessen Tross noch in den Winterquartieren ausharrt und sich in zahllosen Übungen auf beliebige Einsätze vorbereitet. Die uniforme Mode der tank tops, Camouflage-Hosen und Kevla-Rucksäcke deutet auf die Formierung einer Armee hin, die man jederzeit erkennen würde, wären nicht bislang noch die Farben so bunt.

Was müßte denn passieren, damit Menschen, die von ihrer potentiellen Anschlußfähigkeit an politische Großprojekte nichts ahnen, losschlagen? Was muß gesellschaftlich einbrechen, damit die ohnehin dünne Decke der bürgerlichen Ordnung reißt?

Nicht viel. Ich frage nur: Warum riskieren so viele Menschen beim Extremsport schwere Verletzungen oder setzen sich der Lebensgefahr aus? Daß es sich dabei nicht um ein Randphänomen handelt, ist etwa daran zu erkennen, daß die Versicherungen mit neuen Einstufungsklassen reagieren. Bei den heute Dreißigjährigen handelt es sich ja um die erste Generation, die den Krieg kaum noch von Erzählungen der Eltern her „kennt". Ist Alexander von Schönburgs Satz „Unsere Langeweile bringt den Tod. Langsam komme ich zur Überzeugung, daß wir uns in einer ähnlichen Geistesverfassung befinden wie die jungen Briten, die im Herbst 1914 enthusiastisch die Rugby-Felder von Oxford und Cambridge verließen, um in den Krieg gegen Deutschland zu ziehen"[13], nur provokativ gemeint?

Oder werden Stimmungen ausgedrückt, Sehnsüchte, wie sie die Freiwilligengeneration des Jahres 1914 formuliert hat, als man sich mitten in einer saturierten Welt, die einen nicht mehr herausforderte, die keine Risiken mehr bot, um mit Jünger zu sprechen: die keinen Platz mehr hatte für „abenteuerliche Herzen", Herzen, die erst angesichts des Schreckens schlagen, buchstäblich nach dem Krieg gesehnt hat? Nach einer „großen Zeit"? In *Tristesse Royale* hat Christian Kracht den „Krieg" einen „Ausweg" genannt.[14]

In einer Welt, die erfolgreich Surrogate als Wirklichkeit anbietet und die Auseinandersetzung mit der Realität risikofrei und ungefährlich macht, gibt es ein wachsendes Bedürfnis nach wirklichen Erlebnissen, nach existentiellen Auseinandersetzungen …

… nach körperlichen Herausforderungen, bei denen etwas auf dem Spiel steht. Nicht Kommunikation, sondern Kampf, das ist die entscheidende Differenz. Statt virtueller Spiele körperliche Erfahrungen. Hans Ulrich Gumbrecht hat in seinem Buch *1926* geschrieben, Boxen sei deshalb ein so unglaublich erfolgreicher Sport, weil es den Zuschauern „den Tod gegenwärtig" macht, weshalb das Höchste eines Kampfes die Entscheidung durch Knock out ist.[15]

Sehen Sie hier einen direkten Zusammenhang zu Inklusion und Exklusion?

Die Debatte über Inklusion und Exklusion wird ja oft so geführt, als handle es sich um eine abstrakte Fragestellung, als gebe es zwischen den Zonen der Inklusion und Exklusion überhaupt keine Verbindung, schon gar nicht eine existentielle oder existenziell bedrohliche. Worauf ich hinaus wollte, ist, daß bereits die Selbstbeschreibungen, also die in den Feuilletons und Talkshows flottierenden Thematisierungen schon erhebliche Wirkungen haben: die Stilisierungen der Gefahr, der Bedrohung, des Kampfes führen ja bereits zu realen Reaktionen, auch wenn von einer wirklichen Gefahr noch gar keine Rede sein kann. Man übt sich sozusagen in „Vorneverteidigung" – gegen Ausländer, gegen Eindringlinge, gegen Migrantenströme – und errichtet Grenzen, die überwacht und verteidigt werden können. Das alles findet ja bereits statt. Und wo dies so nicht möglich ist, da findet dieses Streben nach Inklusion und Exklusion sein Pendant in Gruppenbildungen und in physischer Aufrüstung. Die Skinheadtruppen, die aus der Provinz in die Hauptstadt fahren, um dort Jagd auf Ausländer zu machen, die es auf dem Land gar nicht gibt, sind vielleicht das mobile und aggressive Äquivalent der *Gated communities*. Während letztere auf passive Gewalt durch Verteidigung, auf Abschreckung durch semiotische Barrieren und auf große Entfernungen von den Problemvierteln der Ballungsräume setzen, funktioniert die mobile „Kriegsmaschine", von der Deleuze und Guattari sprechen, der Skinheads mit denselben Differenzen, geht aber gegen Exklusionsopfer – Migranten, Ausländer, Obdachlose – gewalttätig vor. Trifft dies zu, dann haben die privilegierten Bewohner teurer Wohnsicherheitszonen mit den vagierenden Schlägertrupps mehr gemeinsam, als sie bisher ahnen.

Das Gespräch führte Peter Neitzke im Februar und August 2001.

Anmerkungen

1 Die Realität der Telematik. Zur Semantik der globalisierten Gesellschaft, in: Merkur, H. 582 583/1997; Exklaven. Globalisierte Städte auf dem Weg zum Staat im Staate, in: Berliner Debatte. Initial 9/1998
2 Vgl. Niels Werber, Die Zukuft der Weltgesellschaft, in: Maresch, Rudolf; Niels Werber (Hg.), Kommunikation, Medien, Macht, Frankfurt am Main 1999
3 Zygmunt Bauman, Die Krise der Politik, Hamburg 2000
4 Vgl. François Dubet, Diedier Lapeyronnie, Im Aus der Vorstädte, Stuttgart 1994 (frz. Ausg. Paris 1992)
5 Vgl. Neil Smith, The New Urban Frontier, London, New York 1996, und ders. Wem nützt der neue Urbanismus? Zero Tolerance, die „Giuliani-Zeit" und der Revanchismus der Neunziger, in: CENTRUM. Jahrbuch Architektur und Stadt 1998-1999, 135ff
6 „Life Tastes Good". Coca-Cola-Werbung, Sommer 2001
7 Niels Werber, Vorbereitung der Kampfzone Nimmersatter. Erlebnisbedarf: „Die Leude woll'n los", aber wohin? Zur alten und neuen Protopolitik der Lifestyles, Frankfurter Rundschau, 14. Dezember 2000
8 Elias Canetti, Masse und Macht, Frankfurt am Main 1980, S. 103f
9 Eberhard Seidel, Ist Genua 2001 die Geburtsstunde einer neuen Protestgeneration?, die tageszeitung, 28. Juli 2001
10 Vgl. nur Helmut Willke, Atopia, Frankfurt/Main 2001. Dazu auch Werber, Niels, Ohne Raum / im Raum. Globalisierung und Geopolitik als Leitsemantiken der Weltgesellschaft, in: Telepolis, 7. Mai 2001
11 Diedrich Diedrichsen, Die Leude woll'n, daß was passiert. Wege aus der Ironiefalle: Für eine Wiedergeburt des Politischen aus dem Ungeist der Freizeitkultur, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Oktober 2000
12 Tristesse Royale, Berlin 1999, S. 138
13 Ebd., S.137f
14 Ebd., S. 156
15 Hans Ulrich Gumbrecht, 1926. Ein Jahr am Rand der Zeit, Frankfurt/Main 2001, S. 78